

## WA2 Zukunft-Fonds und Reform der Schuldenbremse für Modernisierung und nachhaltige Investitionen

Antragsteller\*in: Andreas Hoffmann (KV Braunschweig)

Tagesordnungspunkt: 5. Sonstige Anträge

### Antragstext

1 Wir wollen den Aufbruch für mehr Investitionen in unserem Land organisieren. An  
2 allen Ecken und Enden ächzt das derzeitige System, unsere Wirtschaft und wir  
3 Menschen sind durch die Krisen der vergangenen Jahre gezeichnet. Gerade jetzt  
4 braucht es einen starken und dauerhaften Impuls und staatliche Strukturen auf  
5 der Höhe der Zeit, die den Anforderungen gewachsen sind. Die Klimakrise  
6 verschärft sich jedes Jahr, die Modernisierung der Wirtschaft im globalen  
7 Wettbewerb zwingen uns zum entschlossenen Handeln.

8 Viele Jahre ist zu wenig passiert ist und wir haben zu lange von der Substanz  
9 unseres Wohlstands und der Infrastruktur gelebt. Das funktioniert nicht mehr,  
10 wie uns die Corona-Pandemie bei der Digitalisierung gezeigt hat, oder wie viele  
11 Pendler\*innen fast täglich bei der Infrastruktur der Bahn in Deutschland  
12 schmerzlich erleben. Der russische Angriffskrieg hat auch den Letzten gezeigt,  
13 dass es keine gute Idee ist, sich von den Despoten dieser Welt abhängig zu  
14 machen. Eine saubere Energieversorgung ist nicht nur klimapolitisch, sondern  
15 auch geopolitisch notwendig. Die Modernisierung der Wirtschaft zur Vorreiterin  
16 der Klimaneutralität ist ebenfalls nicht nur für das Klima wichtig, sondern  
17 Jobmotor der Zukunft.

18 Wir müssen Deutschland und Niedersachsen fit für die Zukunft machen. Lasst uns  
19 den Aufbruch mit einem Zukunftsfonds für Bund, Länder und Kommunen wagen. Dafür  
20 ist eine Reform der Schuldenbremse im Grundgesetz notwendig, um die notwendigen  
21 Finanzmittel für dauerhafte öffentliche Investitionen über Kredite zu  
22 ermöglichen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 hat die  
23 finanzverfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse präzisiert und  
24 konkretisiert. Damit haben sich, bei gleichbleibenden Handlungsbedarfen, die  
25 finanziellen Handlungsspielräume von Bund und Ländern verringert. Wenn wir die  
26 Schuldenbremse nicht den aktuellen Gegebenheiten anpassen, müssten wir an  
27 anderer Stelle die Einnahmen des Staates erhöhen, beispielsweise über eine  
28 Vermögens- oder die Erbschaftssteuer.

29 Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass wir unseren Kindern und  
30 Enkeln ein modernes und funktionierendes Land hinterlassen. Eine nachhaltige  
31 Haushaltspolitik begrenzt die Verschuldung, um künftigen Generationen  
32 Handlungsspielräume zu erhalten. Der Schuldenstand von Bund, Ländern und  
33 Kommunen bildet die implizite Verschuldung nicht ausreichend ab, unterschlägt  
34 also notwendige Ausgaben in die öffentliche Infrastruktur. Diese akkumulierte  
35 Verschuldung „durch Unterlassen“ vererben wir nachfolgenden Generationen genauso  
36 wie die expliziten Schulden. Die finanzielle Situation des Landes lässt sich  
37 langfristig nicht dadurch verbessern, dass notwendige Ausgaben immer weiter  
38 steigen, irreversible Schäden entstehen oder in die Zukunft verlagert werden.

39 Die USA zeigt mit dem Inflation Reduction Act, was möglich ist, auch wir wollen  
40 mit dem Zukunftsfonds besonders in die Modernisierung und De-Karbonisierung

41 unserer Wirtschaft, in Zukunftstechnologien, Digitalisierung, Infrastruktur und  
42 einen funktionierenden und modernen Staat investieren, sowie privates Kapital  
43 dafür mobilisieren. Als Bundesland wollen wir in allen Bereichen, besonders aber  
44 dort, wo wir zuständig sind, für mehr nachhaltige Investitionen sorgen. Das  
45 betrifft die Bereiche Bildung, Forschung und Wissenschaft, Sicherheit, Verkehr  
46 und Verwaltung. Das Land Niedersachsen hat sich unter Grüner  
47 Regierungsbeteiligung bereits auf den Weg gemacht -im Rahmen der derzeitigen  
48 Möglichkeiten- die Weichen für mehr und nachhaltige Investitionen zu stellen. So  
49 wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß oder den Ressourcenverbrauch künftig erstmalig im Rahmen  
50 der Budgetaufstellung des Landeshaushaltes ermittelt. Wir wollen besonders in  
51 folgende Bereiche investieren:

- 52 • Saubere Energieindustrie und Forschung und Entwicklung
- 53 • Modernisierung und De-Karbonisierung der Wirtschaft
- 54 • Verkehrsinfrastruktur (Schiene und Rad)
- 55 • Digitale Infrastruktur
- 56 • Schulen, Kindergärten, Schwimm- und Sportplätze sowie (Aus-)Bildung
- 57 • Bezahlbaren Wohnraum

58 Die Diskussionen über die Schuldenbremse werden ebenfalls auf der europäischen  
59 Ebene über die Fiskalregeln geführt, auch dort setzen wir uns für mehr  
60 Investitionen und Ausnahmen für Investitionen ein. Wir setzen uns auch dort für  
61 mehr Investitionen und Ausnahmen für Investitionen ein, wollen aber für  
62 Deutschland und Niedersachsen fordern, dass mindestens die Regeln des  
63 Fiskalvertrags von einer maximalen strukturellen Defizitgrenze von 0,5 Prozent  
64 des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Anwendung findet und nicht die derzeit  
65 strengeren Regeln von 0,35 Prozent für den Bund und null Prozent für die Länder.

## Unterstützer\*innen

Nadja Allmers-Plump (KV Delmenhorst); David Windisch (KV Braunschweig); Pippa Schneider (KV Göttingen); Marcel Richter (LV Niedersachsen); Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg); Jonas Maaßberg (KV Braunschweig); Michael Lühmann (KV Göttingen); Christina-Johanne Schröder (KV Wesermarsch); Anton Hensky (KV Braunschweig); Timon Dzienus (KV Hannover); Susanne Stobbe (KV Göttingen); Swantje Schendel (KV Braunschweig); Leonore Köhler (KV Braunschweig); Karoline Otte (KV Northeim/ Einbeck); Daniel Lüchow (KV Hannover); Leonie Engelbert (KV Göttingen); Hagen Langosch (KV Hameln-Pyrmont); Dirk-Claas Ulrich (KV Göttingen); Sascha Völkening (KV Göttingen); Lydia Krause (KV Göttingen); Bernhard Rassmann (KV Göttingen); Christina Urlaub (KV Göttingen); Kerstin Sennekamp (KV Göttingen); Susanne Menge (KV Oldenburg-Stadt); Jens Krumsieck (KV Braunschweig); Hendrik Weking (KV Braunschweig); Jonas Ebert (KV Braunschweig); Kai Brunzel (KV Braunschweig); Jonas Geise (KV Braunschweig); Lisa-Marie Jalyschko (KV Braunschweig); Arendt Hindriksen (KV Wilhelmshaven); Leon Ilidio Flores Monteiro (KV Hannover)